

Mit BEHINDERUNGEN ZUR Gleichstellung?

Eine qualitative Studie zum Thema
Frauen mit Behinderungen in Wien

Frauen mit Behinderungen sind noch viel zu wenig im Fokus der Öffentlichkeit und auch der Forschung. Die bestehende Lücke zu diesem Thema war Ausgangspunkt eines Forschungsprojekts, das vom Frauenservice Wien in Auftrag gegeben und von L&R Sozialforschung durchgeführt wurde, um mehr über die Lebenssituation von in Wien lebenden Frauen mit Behinderungen zu erfahren.^[1]

Der Forschungsprozess bezog sowohl bei der Entwicklung der Fragestellungen und behandelten Themenbereichen als auch bei der Vorbereitung und Abhaltung von Fokusgruppen Frauen mit Behinderungen als Peer-Expertinnen mit ein. Im Projekt wurden acht Fokusgruppen gebildet: blinde Frauen / Frauen mit Sehbeeinträchtigungen, Frauen mit Lernschwierigkeiten, Frauen mit fortschreitenden, chronischen Erkrankungen, Frauen mit Downsyndrom, Mütter von behinderten/pflegebedürftigen Kindern, Frauen mit körperlicher Beeinträchtigung / Frauen im Rollstuhl, Frauen mit

psychischen Erkrankungen und gehörlose Frauen / Frauen mit Gehörbeeinträchtigungen. Insgesamt nahmen 76 Personen an der qualitativen Forschung teil. Gemeinsam war ihnen, dass sie meist sehr genau formulierten, was sie benötigen, um ein selbstbestimmtes bzw. selbstbestimmteres Leben zu führen. Im vorliegenden Beitrag sollen vor allem die von den Frauen formulierten Forderungen im Fokus stehen.

Aus- und Weiterbildung – Inklusion als Zukunftstraum

Das Thema Aus- und Weiterbildung wurde von zwei Seiten diskutiert:

Einerseits kritisierten die Diskussionsteilnehmerinnen das Regelschulsystem, wo keine wirkliche Inklusion stattfindet und viel Verbesserungsbedarf herrsche. Andererseits würden Sonderschulen bzw. eigene Schulformen den Ausschluss von der „Normalität“ verstärken und zur Separation führen. Lediglich Mütter von Kindern mit hohem Pflegebedarf empfinden spezifische Schulformen als wichtig und richtig für ihre Kinder. In diesen Schulen sei eine Kombination von Unterricht und Therapie sowie ein Eingehen auf die jeweils spezifischen Bedürfnisse möglich. Die Gruppe der gehörlosen Frauen formulierte den Wunsch nach einer breiteren Anwendung der

^[1] Vgl. Sorger/Bergmann 2020.

Gebärdensprache in Schulen und dass Gebärdensprache auch für hörende Kinder angeboten werde.

Das Thema berufliche Aus- und Weiterbildung wurde besonders intensiv diskutiert, vor allem von Frauen mit Lernschwierigkeiten. Als großes Manko wird der Mangel an zugänglichen, niederschweligen Ausbildungen gesehen, vor allem angepasste Ausbildungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, etwa Ausbildungen in längerer Dauer und/oder mit Lern-UnterstützerInnen.

Ausgewählte Forderungen zu Aus- und Weiterbildung:

- tatsächliche Inklusion im Regelschulsystem sowie spezifische Schulformen für Kinder mit hohem Pflege- und Therapiebedarf,
- ein breiteres Spektrum an inklusiver beruflicher Aus- und Weiterbildung für Frauen und angepasste Ausbildungen für Frauen mit Lernschwierigkeiten.

In weiter Ferne – Erwerbsarbeit und existenzsicherndes Einkommen

Ein großes Thema ist die fehlende ökonomische Gleichstellung sowie die Schlechterstellung am Arbeitsmarkt. Frauen mit Behinderungen sind in Österreich in hohem Maße armuts- und ausgrenzungsgefährdet (vgl. auch Sozialministerium 2017). Die (männliche) Norm der Vollzeitarbeit verstärkt diese Ungleichstellung. Die Arbeitsuche und der Zugang zum Arbeitsmarkt werden generell als sehr frustrierend erlebt (vgl. auch Bergmann et al. 2021). Viele Frauen berichten von großen Vorurteilen seitens der Betriebe. Auch die mangelnde Unterstützung seitens des AMS wird beklagt. So würden kaum passende Angebote vermittelt und vor allem Mütter von pflegebedürftigen Kindern vom AMS häufig als nicht vermittelbar angesehen.

Der Status als begünstigt Behinderte wurde ambivalent diskutiert: Einer-

seits als Karrierebremse sowie Abwertung der eigenen Leistungsfähigkeit, andererseits als Schutz. Erwerbstätige Frauen erleben einen enormen Anpassungsdruck an Leistungen von Menschen ohne Behinderung im Kontext von zunehmend beschleunigten und verdichteten Arbeitsbedingungen.

Frauen, die am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt keine Arbeit bekommen, finden am ehesten im Rahmen einer Werkstätte oder Tagesstruktur eine Beschäftigung. Für die Arbeit bekommen sie ein „Taschengeld“ (was auch von der Volksanwaltschaft in einem Sonderbericht 2019 stark kritisiert wurde) und haben keinen eigenen Anspruch auf Sozialversicherung. Vor allem junge Frauen beschrieben die Ausweglosigkeit dieser Situation als frustrierend.

Die finanziell prekäre Situation, in der sich viele Frauen mit Behinderungen befinden, wird als extrem belastend erlebt und verstärkt Abhängigkeitsverhältnisse zu Eltern (auch bei erwachsenen Frauen) oder PartnerInnen. Festgestellt bzw. angesprochen wurde darüber hinaus die Unmöglichkeit einer eigenständigen Existenz unter den derzeit herrschenden Bedingungen sowie die Angst vor Altersarmut. Die oft geringen finanziellen Mittel ermöglichen auch beim Wohnen kaum Spielraum. So ist auch der Wunsch nach selbständigem Wohnen mit der Kostenfrage verbunden: „Kann ich mir unabhängig von einem Partner / einer Partnerin oder den Eltern eine Wohnung leisten?“

Ausgewählte Forderungen zu Erwerbsarbeit und existenzsicherndem Einkommen:

- Es braucht Ideen, wie Betriebe motiviert werden können, Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen zu beschäftigen, und wie das AMS hier besser unterstützen kann.
- Als großes Anliegen wird zudem formuliert, dass Transferleistungen je nach Erwerbsarbeitsausmaß nicht verloren gehen, sondern flexibel abgestuft werden.

• Schließlich wird das „Taschengeld“ als nicht adäquat für die erbrachten Leistungen in den Tagesstrukturen/ Werkstätten gesehen.

Gesundheitswesen – Mangel an Kommunikation und Finanzierung

Die Verfügbarkeit von spezialisierten und leistbaren Gesundheitsangeboten war in den Fokusgruppen ein wichtiges Thema für jene, die mit langen Wartezeiten auf Therapien oder mit fehlenden Angeboten zu kämpfen haben. Das betrifft vor allem Mütter von Kindern mit Pflegebedarf. Ebenso wurde der dringende Bedarf an FachärztInnen sowie Psychotherapie auf Krankenschein aufgezeigt. Um die sexuelle bzw. reproduktive Selbstbestimmung von Frauen mit Behinderungen zu unterstützen, wären qualifizierte und sensibilisierte Gynäkologinnen wichtig. Auch die Qualität der Gesprächsführung von ÄrztInnen mit ihren PatientInnen wurde als wichtiger Qualitätsfaktor der medizinischen Betreuung und Behandlung thematisiert.

Ausgewählte Forderungen zum Gesundheitswesen:

- Sensibilisierung zum Thema Behinderung in die medizinische Ausbildung inkludieren,
- Erhöhung der Anzahl an FachärztInnen in bestimmten Bereichen,
- Psychotherapie auf Krankenschein – langjährige Forderung von Betroffenen und ExpertInnen,
- das oft willkürlich wirkende medizinische Begutachtungs- bzw. Bewilligungssystem sollte deutlich transparenter und nachvollziehbarer werden,
- Ausbau und Finanzierung der Therapiemöglichkeiten für Kinder mit Behinderungen,
- Verstärkung der digitalen Kommunikation, ausgewiesene ÖGS-Sprechstunden oder Dolmetschservice via Bildschirm.

Unterwegs in der – nicht ganz barrierefreien – Stadt

Die räumliche Gestaltung der Stadt und die Frage, wie das Sich-Bewegen im öffentlichen Raum barrierefrei möglich ist, waren vor allem Thema der Frauen mit körperlichen Behinderungen, Frauen im Rollstuhl, von blinden Frauen und Müttern von Kindern im Rollstuhl. Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln wurde auch von Frauen mit Lernschwierigkeiten, Frauen mit Downsyndrom sowie Frauen mit psychischen Beeinträchtigungen angesprochen.

Auch wenn generell in den meisten Gruppen betont wurde, dass Wien punkto Barrierefreiheit anderen Bundesländern viel voraus habe und Frauen lieber in Wien leben würden als in anderen Städten oder am Land (einige Befragte waren aus anderen Bundesländern nach Wien gezogen), wird noch viel Verbesserungsbedarf gesehen. Die Omnipräsenz der „männlichen Norm“ wirkt sich für die Frauen vor allem in Bezug auf Planungsprozesse bzw. die Gestaltung des öffentlichen Raums aus.

Ausgewählte Forderungen zum öffentlichen Raum:

- Berücksichtigung vielfältiger Bedürfnisse bei der Gestaltung neuer Elemente wie etwa der neu geschaffenen Begegnungszonen in Wien,
- proaktive Einbindung von Frauen mit Behinderungen in Planungsprozesse mittels mehr und angepasster Möglichkeiten zur Partizipation.

Bedarf nach einer „Behördendschungel-führerin“

In fast allen Fokusgruppen war der „Behördendschungel“ ein zentrales Thema. Die Teilnehmerinnen sprachen vor allem die Unübersichtlichkeit der Informationen und Zuständigkeiten aufgrund der Vielzahl an Anlaufstellen an.

Angesprochen wurde auch das Thema Kontrolle: Die Behörden würden



inklusionsspezifische Anliegen ständig übersehen bzw. übergangen.

Die politische Repräsentanz von Menschen mit Behinderung wird durchgängig als nicht zufriedenstellend erlebt. Das Kompetenzteam Frauen mit Behinderungen des Österreichischen Behindertenrats stellt einen wichtigen Schritt in Richtung Vernetzung und Sichtbarkeit dar. Darüber hinaus braucht es sowohl niederschwellige Angebote als auch Vernetzung und Lobbying auf unterschiedlichen politischen Ebenen, damit Frauen mit Behinderungen regelmäßig und umfassend in Gestaltungsprozesse einbezogen werden und sich aktiv einbringen können.

neben ihrer Service- und Beratungsfunktion oft auch kontrollieren. So berichteten mehrere Teilnehmerinnen, dass sie diese Kontrollen als unangenehm erleben würden und teilweise mit dem Vorwurf konfrontiert seien, sie könnten das System ungerechtfertigter Weise ausnützen.

Ausgewählte Forderungen zu Behörden:

- Ein übergreifendes Beratungszentrum als „Dschungelführerin“ bei der Vielfalt an Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie
- eine „systemische Beratung“, in der jede einzelne individuell und umfassend betrachtet und – unter Berücksichtigung frauenspezifischer Probleme – beraten wird. Politische Allianzen für mehr Sichtbarkeit und Vernetzung.

Frauen mit Behinderungen sprechen ein dreifaches Dilemma an: Sie sind in Vertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung oft nicht adäquat vertreten bzw. diese setzen sich nicht immer mit der notwendigen Vehemenz für frauenspezifische Forderungen ein. Sie fühlen sich in frauenspezifischen oder feministischen Netzwerken hinsichtlich ihrer spezifischen Anliegen nicht ausreichend gesehen bzw. inklusiv eingebunden. Und letztendlich werden in politischen Entscheidungsprozessen oder alltagsrelevanten Politikfeldern frauen- und

Literatur

Sozialministerium (2017): Bericht der Bundesregierung über die Lage von Menschen mit Behinderungen, 30. 4. 2021.

Claudia Sorger & Nadja Bergmann (2020): Frauen, die behindert werden ... auf ihrem Weg zur Gleichstellung in Wien. Eine qualitative Studie mit und über Frauen mit Behinderungen in Wien. Studie im Auftrag des Frauenservices Wien (MA 57). Wien, verfügbar unter <https://bit.ly/3y92kkt> (Stand: 11. 2. 2021).

Nadja Bergmann, Helga Reichert, Andreas Riesenfelder, Petra Wetzler, Katharina Aufhäuser, Claudia Sorger (2021): Chancengleichheit für Frauen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt. Hindernisse – Herausforderungen – Lösungsansätze. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3om4jGF> (Stand: 30.4. 2021).

Volksanwaltschaft (2019): Keine Chance auf Arbeit – Die Realität von Menschen mit Behinderung. Wien: Sonderbericht der Volksanwaltschaft, verfügbar unter: <https://bit.ly/33JG00q> (Stand: 30. 4. 2021).

Claudia Sorger ist Senior Researcher bei L&R Sozialforschung in Wien mit den Arbeitsschwerpunkten Qualität von Arbeit und Gleichstellungspolitik. In den letzten Jahren hat sie mehrere Forschungsprojekte zum Thema Behinderungen umgesetzt.

Nadja Bergmann ist Senior Researcher bei L&R Sozialforschung. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Gleichstellungsthemen, aktuell mit einem starken Fokus auf Änderungen der Arbeitswelt durch Digitalisierung.

Mehr Infos: www.lrsocialresearch.at